3023/AB
vom 02.10.2020 zu 3013/J (XXVII. GP)

Bundesministerium
Justiz

bmj.gv.at

Dr.in Alma Zadić, LL.M.
Bundesministerin für Justiz

Herrn
Mag. Wolfgang Sobotka
Präsident des Nationalrats
Parlament
1017 Wien

Geschäftszahl: 2020-0.500.984

Ihr Zeichen: BKA - PDion (PDion)3013/J-NR/2020

Wien, am 02. Oktober 2020

Sehr geehrter Herr Präsident,

die Abgeordneten zum Nationalrat Dr. Susanne Fürst, Kolleginnen und Kollegen haben am 4. August 2020 unter der Nr. **3013/J-NR/2020** an mich eine schriftliche parlamentarische Anfrage betreffend „Joint Controllership: Wer ist verantwortlich für die Stopp-Corona-App?“ gerichtet.

Diese Anfrage beantworte ich nach den mir vorliegenden Informationen wie folgt:

Zu den Fragen 1 bis 15:

- *1. Inwiefern sind Sie bzw. Ihr Ressort Teil der „Stopp-Corona-Plattform"?*
- *2. Wer sind die weiteren Mitglieder der „Stopp-Corona-Plattform", die „über die Weiterentwicklung der Stopp Corona-App" entscheiden?*
- *3. Warum werden diejenigen, die „über die Weiterentwicklung der Stopp Corona-App" entscheiden nicht öffentlich genannt?*
- *4. Werden Entscheidungen im Rahmen der „Stopp-Corona-Plattform" demokratisch getroffen?*
  a. Wenn ja, wie?
  b. Wenn nein, warum?
  c. Wenn ja, von wem?
  d. Wenn ja, wie verteilt sich das Stimmgewicht?
- *5. Inwiefern unterstützen Sie bzw. Ihr Ressort die „Stopp-Corona-Plattform"?*
- *6. An welchen Veranstaltungen der „Stopp-Corona-Plattform" haben Sie bzw. Vertreter Ihres Ressorts teilgenommen? (Bitte Name der Veranstaltung und Datum angeben)*

- *7. Welche Mitglieder Ihres Kabinetts haben an welchen Veranstaltungen der „Stopp-Corona-Plattform" teilgenommen? (Bitte Name der Teilnehmer sowie der Veranstaltung und Datum angeben)*
- *8. Welche Funktionsrolle übernehmen Sie bzw. Ihr Ressort im Rahmen der Stopp-Corona-Plattform?*
- *9. Welche Positionen haben Sie bzw. Vertreter Ihres Ressorts im Rahmen der konstituierenden Sitzung der Stopp-Corona-Plattform am 7. Juli 2020 vertreten?*
- *10. Werden Sie sich im Rahmen der Stopp-Corona-Plattform für eine (indirekte)*
- *Pflicht zur App-Nutzung einsetzen?*
- *11. Welche Agenden bzw. Positionen vertreten Sie im Rahmen der Stopp-Corona-Plattform?*
- *12. Welche Kosten sind in Ihrem Ressort im Zusammenhang mit der Unterstützung der Stopp-Corona App bzw. Stopp-Corona Plattform entstanden?*
  a. Welcher Anteil entfällt auf Marketing- bzw. Werbekosten?
  b. Welcher Anteil entfällt auf Arbeitsleistungen?
- *13. Welche unentgeltliche Leistungen hat Ihr Ressort im Zusammenhang mit der Unterstützung der Stopp-Corona App bzw. Stopp-Corona Plattform erbracht? (Bitte nach Art der Leistung und Datum aufschlüsseln)*
- *14. Inwiefern übernehmen Sie bzw. Ihr Ressort im Sinne von Joint Controllership datenschutzrechtlich Verantwortung für die Stopp-Corona-App (zB. im Rahmen der Stopp-Corona-Plattform)?*
- *15. Inwiefern übernehmen die anderen Mitglieder der „Stopp-Corona-Plattform" im Sinne von Joint Controllership datenschutzrechtlich Verantwortung?*

Gemäß den Ausführungen im Vortrag an den Ministerrat 27/43 vom 29. Juli 2020, GZ 2020-0.461.906, unterstützt die Bundesregierung die Finanzierung und bewirbt die Verwendung der Stopp Corona Tracing App. Das Bundesministerium für Justiz (BMJ) ist nicht Teil der „Stopp Corona-Plattform“. Für die im Zusammenhang mit dieser Plattform aufgeworfenen Fragen stehen mir daher keine Informationen zur Verfügung. Für das BMJ sind daher weder Kosten im Zusammenhang mit der „Stopp Corona-Plattform“ angefallen noch wurden vom BMJ unentgeltlichen Leistungen zu deren Gunsten erbracht.

Zu den Fragen 16 bis 18:

- *16. Inwiefern agieren der Staat bzw. einzelne Ministerien oder Behörden als Verantwortliche für die Stopp-Corona-App, wenn Sie im Rahmen der „Stopp-Corona-Plattform" Anträge stellen und Entscheidungen treffen?*
- *17. Welche datenschutzrechtliche Konsequenzen ergeben sich aus dieser Verantwortungsübernahme?*
- *18. Inwiefern besteht bereits Joint Controllership?*

Gemäß Art. 4 Z 7 DSGVO bezeichnet „Verantwortlicher“ die natürliche oder juristische Person, Behörde, Einrichtung oder andere Stelle, die allein oder gemeinsam mit anderen über die Zwecke und Mittel der Verarbeitung von personenbezogenen Daten entscheidet; sind die Zwecke und Mittel dieser Verarbeitung durch das Unionsrecht oder das Recht der Mitgliedstaaten vorgegeben, so kann der Verantwortliche beziehungsweise können die bestimmten Kriterien seiner Benennung nach dem Unionsrecht oder dem Recht der Mitgliedstaaten vorgesehen werden.

Dem Verantwortlichen einer Datenverarbeitung werden von der DSGVO diverse Pflichten, etwa hinsichtlich der Einhaltung der Grundsätze für die Verarbeitung personenbezogener Daten (Art. 5 DSGVO), der Rechte der betroffenen Person (Art. 12 ff DSGVO) oder der Führung eines Verzeichnisses von Verarbeitungstätigkeiten (Art. 30 DSGVO) sowie der Ergreifung von Datensicherheitsmaßnahmen (Art. 32 DSGVO), auferlegt.

Legen zwei oder mehr Verantwortliche gemeinsam die Zwecke der und die Mittel zur Verarbeitung fest, so sind sie gemäß Art. 26 Abs. 1 DSGVO gemeinsam Verantwortliche. Sie legen in einer Vereinbarung in transparenter Form fest, wer von ihnen welche Verpflichtung gemäß dieser Verordnung erfüllt, insbesondere was die Wahrnehmung der Rechte der betroffenen Person angeht, und wer welchen Informationspflichten gemäß den Art. 13 und 14 DSGVO nachkommt, sofern und soweit die jeweiligen Aufgaben der Verantwortlichen nicht durch Rechtsvorschriften der Union oder der Mitgliedstaaten, denen die Verantwortlichen unterliegen, festgelegt sind. In der Vereinbarung kann eine Anlaufstelle für die betroffenen Personen angegeben werden.

Die Vereinbarung gemäß Art. 26 Abs. 1 DSGVO muss gemäß Art. 26 Abs. 2 DSGVO die jeweiligen tatsächlichen Funktionen und Beziehungen der gemeinsam Verantwortlichen gegenüber betroffenen Personen gebührend widerspiegeln. Das Wesentliche der Vereinbarung wird der betroffenen Person zur Verfügung gestellt.

Ungeachtet der Einzelheiten der Vereinbarung gemäß Art. 26 Abs. 1 DSGVO kann die betroffene Person gemäß Art. 26 Abs. 3 DSGVO ihre Rechte im Rahmen der DSGVO bei und gegenüber jedem einzelnen der Verantwortlichen geltend machen.

Die Beurteilung, inwiefern der Staat bzw. einzelne Ministerien oder Behörden (gemeinsam) Verantwortliche der Stopp Corona-App iSd Art. 4 Z 7 DSGVO bzw. Art. 26 DSGVO sind, fällt nicht in den Wirkungsbereich der Stabsstelle Bereich Datenschutz.

Zur Frage 19:

- *Inwiefern widerspricht das (mit)betreiben der Stopp-Corona-App, z.B. im Rahmen der Stopp-Corona-Plattform, dem Legalitätsprinzip?*

Die rechtliche Beurteilung, ob ein allfälliges (Mit-)Betreiben der Stopp Corona-App, z.B. im Rahmen der Stopp Corona-Plattform, dem Legalitätsprinzip (Art. 18 Abs. 1 B-VG) widerspricht, fällt nicht in den Wirkungsbereich der Bundesministerin für Justiz.

Zu den Fragen 20 bis 23, 25 bis 28 und 30:

- *20. Wie wirkt sich die statistisch unerklärbare Differenz zwischen der Zahl der erwartbaren Zahl der Infektionswarnungen und der tatsächlichen Zahl auf die Beurteilung der Geeignetheit der App aus?*
- *21. Wie wirkt sich das mehrheitliche Überwiegen der Falschmeldungen auf die Beurteilung der Geeignetheit der App aus?*
- *22. Wie wirkt sich die statistisch unerklärbare Differenz zwischen der Zahl der erwartbaren Zahl der Infektionswarnungen und der tatsächlichen Zahl auf die Beurteilung der Erforderlichkeit der App aus?*
- *23. Wie wirkt sich das mehrheitliche Überwiegen der Falschmeldungen auf die Beurteilung der Erforderlichkeit der App aus?*
- *25. Seit wann ist Ihnen bzw. Ihrem Ressort bekannt, dass die Stopp-Corona-App in Österreich nicht oder nur eingeschränkt funktioniert?*
- *26. Welche Werbetätigkeiten haben Sie dennoch nach Bekanntwerdens dieser Tatsache gesetzt?*
- *27. Welche Kosten sind durch das Bewerben einer nicht-funktionsfähigen App wider besseren Wissens entstanden? (Bitte Kosten nach Bekanntwerden angeben und aufschlüsseln)*
- *28. Warum haben Sie eine nicht funktionsfähige App beworben?*
- *30. Wurden durch diese Kriterien neue Auflagen für die Betreiber der Stopp-Corona-App geschaffen?*
  a. Wenn ja, welche?
  b. Wenn nein, was entgegnen Sie der Experteneinschätzung, dass der Kriterienkatalog schlicht aufgrund der vorhandenen Stopp-Corona-App reverse-engineered wurde?
  c. Wenn nein, in welchem Zeitraum wurden die Kriterien von wem erarbeitet?
  d. Wenn nein, welche Mitglieder der Stopp-Corona-Plattform waren bei der Erarbeitung der Kriterien eingebunden?
  e. Wenn nein, wie wurden Mitglieder der Stopp-Corona-Plattform bei der Erarbeitung der Kriterien eingebunden

Diese Fragen fallen nicht in den Wirkungsbereich der Bundesministerin für Justiz. Das BMJ war an der Entwicklung, Testung und Bewerbung der Stopp Corona-App nicht beteiligt.

Zur Frage 24:

- *24. Inwiefern wurde die Datenschutzbehörde bei der Entwicklung bzw. Weiterentwicklung der Stopp-Corona-App oder Stopp-Corona-Plattform eingebunden?*

Auch die Datenschutzbehörde (DSB) wurde in die Entwicklung bzw. Weiterentwicklung der Stopp Corona-App nicht eingebunden.

Dies ist nach den Vorgaben der DSGVO auch nicht erforderlich, da die primäre Verantwortung für die datenschutzkonforme Ausgestaltung beim datenschutzrechtlich Verantwortlichen liegt. Die DSB kommt allenfalls im Rahmen eines Konsultationsverfahrens nach Art. 26 DSGVO oder im Zuge eines Prüf- oder Beschwerdeverfahrens ins Spiel.

Derzeit ist ein amtswegiges Prüfverfahren vor der Datenschutzbehörde zur Stopp Corona-App anhängig, bei welchem auch die Frage zu klären ist, ob neben dem Roten Kreuz auch noch andere Einrichtungen als gemeinsame für die Verarbeitung Verantwortliche nach Art. 26 DSGVO in Frage kommen.

Zur Frage 29:

- *Wurden Kriterien für eine Akkreditierung der App durch Ihr Ministerium erarbeitet?*
  a. Wenn ja, welche Mitarbeiter Ihres Kabinetts Ihres Ressorts haben an diesem Prozess mitgewirkt?

Die im BMJ angesiedelte Stabsstelle Bereich Datenschutz hat im Rahmen ihres Wirkungsbereiches und im Rahmen der interministeriellen Koordination dem zuständigen Ressort Rechtsauskünfte im Hinblick auf Kriterien für Contact Tracing Apps erteilt.

Dr.in Alma Zadić, LL.M.

	Datum/Zeit	2020-10-02T13:14:23+02:00
	Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch signiert. Auch ein Ausdruck dieses Dokuments hat die Beweiskraft einer öffentlichen Urkunde.
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels bzw. der elektronischen Signatur finden Sie unter: www.signaturpruefung.gv.at Informationen zur Prüfung des Ausdrucks finden Sie unter: www.justiz.gv.at/amtssignatur

REPUBLIK ÖSTERREICH Parlamentsdirektion SIEGEL	**Unterzeichner**	Parlamentsdirektion
	Datum/Zeit-UTC	2020-10-02T13:19:44+02:00
	Prüfinformation	Informationen zur Prüfung des elektronischen Siegels und des Ausdrucks finden Sie unter: https://www.parlament.gv.at/siegel
Hinweis	Dieses Dokument wurde elektronisch besiegelt.	